

Transnationale Räume: unbekannte Instrumente zur Lösung internationaler Konflikte

Schulz, Mario

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schulz, M. (2006). Transnationale Räume: unbekannte Instrumente zur Lösung internationaler Konflikte. *interculture journal: Online-Zeitschrift für interkulturelle Studien*, 5(2), 49-82. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-453414>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Transnationale Räume. Unbekannte Instrumen- te zur Lösung interna- tionaler Konflikte

Mario Schulz

Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Problemstellung

Konflikte zwischen Nationalstaaten haben häufig ihre Ursachen in einer gemeinsamen Geschichte. So zeigt eine Umfrage des Sociologický ústav Akademie ved eské republiky (Soziologisches Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften), dass 70 Prozent der tschechischen Grenzbewohner glauben, „Konflikte der Vergangenheit“ beeinflussten auch heute noch das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Tschechien (Kraft 2005:138). Diese Vorstellung wird von Politikern häufig noch verstärkt, indem sie sich so genannter „kontroverser Begriffe“ (Stötzel / Wengeler 1995) bedienen.

Diese aus dem öffentlichen Sprachgebrauch destillierten plakativen Ausdrucksformen spiegeln die Intentionen und Interpretationen gesellschaftlich wirksamer Kräfte wieder (Stötzel/Wengeler 1995:1). Stötzel und Wengeler verdeutlichen so am Beispiel der deutschen Geschichte nach 1945, „wie mit im Prinzip gleich bleibenden sprachlichen Strategien Verhaltensorientierungen und sogenannte Zustimmungsbereitschaft für (partei)politische Zielsetzungen erzeugt“ (Stötzel / Wengeler 1995:2) werden kann.

Durch öffentliche Reden und Gedenkstätten aber auch durch Lehrpläne in Schulen werden derartige kontroverse Begriffe weiter tradiert und fließen unmittelbar in die nationalen Erinnerungskulturen¹ ein (Welzer 2005:10 / Maier 1997:7). Die hieraus häufig entstehenden „Opferkonkurrenzen“ in vielen Ländern zeigen, daß Erinnerungspolitik zu einer innenpolitischen wie außenpolitischen Arena geworden ist und die Reklamation historischen Unrechts sowie daraus resultierenden Leides gewichtige Argumente für die Durchsetzung von Gegenwartsinteressen liefern“ (Welzer 2005:9). So erfüllt die Etablierung einer nationalen Erinnerungskultur etwa die Erwartung der Bevölkerung nach einer wahren Geschichte, die eindeutig überprüfbar ist und an bewusste wie unbewusste Erinnerungen anknüpft, die mit scheinbar konkreten Fakten und Begriffe untermauert werden (Middell 2000:8).

In den Ländern Ost- und Mitteleuropas ist spätestens seit 1989 eine verstärkte Auseinandersetzung mit der nationalen Geschichte zu beobachten. Diese findet oftmals gerade auch in Abgrenzung zu den jeweiligen Nachbarstaaten statt. Dabei ist eine „ideologische Dekolonisation“ alter „verordneter Geschichtsbilder“ zu beobachten, die wiederum die Grundlage neuer nationaler Erinnerungskulturen bilden (Cornelißen 2005:26). Im polnisch-russischen Verhältnis sind z.B. die Masenerschießungen von polnischen Offizieren während des Zweiten Weltkriegs in Katyn² zu nennen, die als historische Mauer

zwischen den Nachbarstaaten zu stehen scheinen (Lang 2005:2). Die polnischen Ängste zeigen sich in historischen Gegenüberstellungen: Das deutsch russische Gaspipeline-Projekt wird in der polnischen Öffentlichkeit mit dem Hitler-Stalin-Pakt³ gleichgesetzt. (Falksohn/Schulz 2006:75). Ukrainische Politiker benutzen wiederum im „Gasstreit“⁴ mit Russland die große Hungersnot⁵ in den 30er Jahren als Beweis, um die ‚wahren Beweggründe‘ Russlands in dem Konflikt aufzuzeigen. Auch das deutsch-tschechische Verhältnis wird immer wieder auf eine harte Probe gestellt, wie die nie enden wollende Diskussionen um die so genannten Beneš-Dekrete⁶ zeigen. Es wäre dabei eine vorschnelle Vereinfachung, diese beobachteten Interpretationen ausschließlich nationalistisch orientierten Kräften am rechten und linken politischen Rand zuzuschreiben. Vielmehr ist eine gesellschafts- und parteiübergreifende Einheit in Fragen der nationalen Selbstbestimmung zu beobachten⁷.

Angesichts dieser konfliktverstärkenden politischen Geschichtsinterpretation stellt sich die Frage nach einer produktiven Auseinandersetzung mit bilateralen geschichtlichen Zusammenhängen außerhalb der Arena der Politik. Auf welche Weise können schwelende historische Konflikte zwischen Staaten gelöst werden, ohne für politische Ziele instrumentalisiert zu werden?

In der Vergangenheit wurde als Antwort auf diese Frage schon mehrfach der viel versprechende aber allgemein noch wenig bekannte Weg der Etablierung politisch unabhängiger bilateraler Kommissionen beschritten. In diesem Zusammenhang haben sich vor allem zwei Modelle bewährt: So arbeiten zum einen Historikerkommissionen, wie beispielsweise die österreichisch-tschechische, die deutsch-tschechische deutsch-slowakische und die tschechisch-slowakische, an der Angleichung unterschiedlicher nationaler Geschichtsbilder. Einen zweiten Typus stellen die Schulbuchkommissionen wie beispielsweise die deutsch-polnische und die deutsch-französische dar, die sich auf das Medium Schulbuch als Ort der nationalen Geschichtstradierung konzentrieren.

Als ein entscheidendes Bestimmungskriterium und darüber hinaus auch ein wesentliches Erfolgskriterium dieser Kommissionen hat sich in der Vergangenheit ihre Verortung *zwischen* den beteiligten Nationalstaaten und ihren nationalstaatlichen Geschichtsinterpretationen erwiesen. Die Kommissionen agieren auf diese Weise gleichzeitig in sub-, inter- und nationalen Räumen. Im Folgenden sollen sie daher mit dem Begriff *Transnationale Räume* bezeichnet werden.

Obwohl der Beitrag solcher *Transnationalen Räume* zur Verbesserung bilateraler Beziehungen oft gewürdigt wird (Biman 2001:458), werden sie jedoch im Vergleich zur Fülle weltweiter binationaler Konflikte immer noch selten eingesetzt, so dass die

Bewertung gemeinsam erlebter Geschichte zwischen Nationalstaaten auch heute oftmals ein Reservoir nationaler Interessen bleibt und „Geschichte [in der] Arena der Politik“ (Welzer 2005) instrumentalisiert wird. Eine tiefer gehende konzeptionelle wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema *Transnationaler Raum* erscheint daher aufgrund dieses Missverhältnisses zwischen erfolgreicher Anwendung und seltener Verwendung sinnvoll.

Der vorliegende Artikel soll hierfür eine Grundlage liefern, indem er existierende theoretische Anknüpfungspunkte identifiziert und zukünftige Forschungsfelder eingrenzt. In einem ersten Schritt werden hierzu erfolgreiche *Transnationale Räume*, wie die gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission (im weiteren ‚Schulbuchkommission‘) und die gemeinsame deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission (im weiteren ‚Historikerkommission‘), beispielhaft hinsichtlich ihrer Entstehung, Arbeitsweise und Bedeutung analysiert. Auf dieser Basis werden allgemeine Kriterien zur Konstitution *Transnationaler Räume* abgeleitet, die als zukünftige Definitionsgrundlage für Konfliktlöseinstrumente zwischen Nationalstaaten dienen können. In einem zweiten Schritt werden bestehende Ansätze und Perspektiven aus verwandten Gebieten der historischen, politikwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Forschung herausgearbeitet, die einerseits zu einem besseren Verständnis *Transnationaler Räume* beitragen und andererseits Forschungsdesiderate aufzeigen.

2. Kommissionen als Transnationale Räume

Im Folgenden werden die Arbeit der Schulbuchkommission und der Historikerkommission als Beispiel für erfolgreiche Transnationale Räume vorgestellt. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei die Fragen: Wie sind diese *Transnationalen Räume* entstanden und welche Beweggründe haben die Regierungen der Nationalstaaten bewogen, dieses Konfliktlösungsinstrument zur gemeinsamen Geschichtsaufarbeitung zu installieren? Welche Argumente werden gegen die Kommissionen hervorgebracht? Wer sind die Kritiker und was sind ihre Intentionen? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Mitglieder in den Kommissionen? Welche Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, um die Funktionsfähigkeit des *Transnationalen Raums* sicherzustellen? Welche Ergebnisse wurden bereits erzielt und welche Bedeutung lässt sich hieraus ableiten?

2.1. Die gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission

Die gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission gilt als erste bilaterale Organisation zwischen der Bundesrepublik

Deutschland und der Volksrepublik Polen (Maier 2003:404). Aufgrund ihrer Gründung in den 70er Jahren kann die Schulbuchkommission darüber hinaus auch als einer der ersten europäischen *Transnationalen Räume* betrachtet werden. Ihre Entstehungsgeschichte und ihre Arbeitsweise wirkten somit richtungweisend auf andere Gremien. Ihre Ergebnisse können als Gradmesser für die Wirkungsweise herangezogen werden.

2.1.1. Entstehungsgeschichte

Im Februar 1972 trafen erstmals offiziell nach dem Zweiten Weltkrieg polnische und bundesdeutsche Historiker auf der Historiker- und Geographentagung in Warschau und nur zwei Monate später in Braunschweig zusammen. Die Initiatoren dieser Begegnung waren die Vorsitzenden der UNESCO Kommissionen beider Länder. Die vornehmlichste Aufgabe des Treffens bestand darin, Empfehlungen für die Darstellung der gemeinsamen Geschichte zu erarbeiten. Bereits in Warschau konnte man bereits auf 14 Empfehlungen (14 Empfehlungen 1972) verweisen. Diese wurden in Braunschweig um drei weitere auf 17 Empfehlungen (17 Empfehlungen 1972) ergänzt. Es sollte dann aber noch neun weitere Tagungen benötigen, bis die Empfehlungen im Jahr (Empfehlungen 1977) veröffentlicht wurden (Strobel 2005:256).

Ab 1976 änderten sich das eigene Grundverständnis und damit verbunden auch die Arbeitsweise der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, wie sie erst jetzt offiziell bezeichnet wurde. Die Treffen fanden nun jährlich statt und thematisierten jeweils eine der Empfehlungen. Der Charakter der Kommission entsprach daher eher einem Historikerkolloquium, als einer auf das Medium Schulbücher ausgerichteten Kommission (Strobel 2005:257). 1989, das Jahr tiefgreifender politischer Umbrüche, stellte eine weitere Zäsur für die Schulbuchkommission dar. Aufgrund der nun entstehenden „scientific community“ zwischen Deutschland und Polen (Maier 2003:309) entwickelte sich für die Kommission eine neue Arbeitsgrundlage, die sich thematisch und konzeptionell aber erst 1994 entscheidend auswirkte, als der bis dahin bekannte Tagungsmodus aufgegeben wurde.

Auf Grundlage der inzwischen 27 abgehaltenen Konferenzen legte die Schulbuchkommission die „Empfehlungen“ erneut auf, diesmal aber mit einem „historisierenden Vorwort“ (Maier 2003:404). Die Weiterarbeit der Schulbuchkommission konnte sich daraufhin in der Folgezeit im Gegensatz zu den bisher dominanten Konflikten vermehrt Zukunftsthemen zuwenden, wie die Konferenz über das Zusammenleben von Deutschen, Polen und Juden, über Grenzen und Grensräume in der deutschen

und polnischen Geschichte sowie über deutsch-polnische Gedächtnisorte zeigte (Maier 2003:404).

2.1.2. Arbeitsweise

Bis 1989 war die Arbeit der Schulbuchkommission vom Ost-West-Konflikt und den bilateralen Bemühungen im Zuge der Entspannungspolitik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen geprägt. Mit der Auflösung der Blockkonfrontation änderten sich auch die politischen Koordinatoren und die mit der Kommission verbundene Zielsetzung sowie ihre Arbeitsweise.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Schulbuchkommission vor 1989 war der Stellenwert einer neutralen, unabhängigen und paritätisch besetzten Institution. Getragen wurde die Kommission auf deutscher Seite von Freiwilligen, die sich für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen engagieren wollten. Die deutsche Seite konnte sich dabei auf die organisatorische Hilfe und Unterstützung seitens des Auswärtigen Amtes und des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig stützen. Letzteres entwickelte sich in der Folgezeit zu dem deutschen Zentrum der Schulbuchrevision. Das Auswärtige Amt war wesentlicher Finanzier der Aktivitäten. Als Partner für beide Seiten fungierte die UNESCO-Kommission, die durch ihren supranationalen Charakter als neutrale Plattform in beiden Ländern akzeptiert wurde. Im Zuge des Vertrauensaufbaus konnte die Schulbuchkommission die Mitglieder selbst bestimmen (Strobel 2005:258). Für die Anerkennung als neutrales Gremium war es entscheidend, dass die beiden Vorsitzenden von der UNESCO-Kommission ernannt wurden (Strobel 2005:259). Die Wahrnehmung als neutrales Gremium sicherte der Schulbuchkommission ihre transnationale Legitimation (Strobel 2005:259). Hierdurch konnten auch die zu behandelnden Themen selbst bestimmt werden. Auch die wichtige Entscheidung der Nichtbehandlung von konfliktträchtigen Themen, wie z.B. das Thema Katyn, lag in der Eigenverantwortung der Kommission. Katyn berührt neben dem deutsch-polnischen Verhältnis auch das Verhältnis Polens zur Sowjetunion. Eine Lösung ohne die Sowjetunion war nicht möglich und von Seiten der Machthaber in Moskau auch nicht erwünscht (Strobel 2005:265). Dieser Grenze musste sich auch die Kommission unterordnen.

Nach 1989 konnte sich die Kommission, befreit von ideologischen Interpretationsvorschriften, verstärkt Zukunftsthemen zuwenden. Sie regt fachwissenschaftliche Analysen der betreffenden Themen an, bewertet deren Darstellung in Schulbüchern und lotet ihr didaktisches Potential aus. Ergebnis dieser Neuausrichtung ist u.a. die neu konzipierte Lehrerhandreichung „Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert. Analysen,

Quellen, didaktische Hinweise“ (Becher / Borodziej / Maier 2001), welche die alten „Empfehlungen“ für den Geschichtsunterricht ergänzt bzw. ablöst.

2.1.3. Bedeutung

Erfolge der Schulbuchkommission lassen sich vor allem in zwei Bereichen finden. Zum einem kann die Schulbuchkommission als Wegbereiterin für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnet werden. Als erste bilaterale Institution war sie Vorreiter für Projekte wie den deutsch-polnischen Jugendaustausch (Strobel 2005:262). Zum anderen muss ihre Vorbildfunktion für andere bilaterale Kommissionen hervorgehoben werden.

Die zunehmende Institutionalisierung der Kommission im Laufe ihrer Entwicklung sicherte der Kommission eine prominente Position im deutsch-polnischen Verhältnis. Versuche vor 1989, die Kommission politisch zu instrumentalisieren, blieben ohne Erfolg. Nichts desto trotz bestand von deutscher Seite der Wunsch, dass die positiven Erfahrungen aus der Kommission auf andere Kontexte übertragen werden sollten, um sie als Instrument „auswärtiger Kulturpolitik“ (Strobel 2005:261) einzusetzen. Strobel charakterisiert den Stellenwert der Kommission folgendermaßen:

„Die Kommission wurde zu einem Instrument völlig eigener bilateraler Bedeutung, zumal sie sich mit wissenschaftlichem Geschick und politischem wie diplomatischem Gespür ihren Aufgaben zuwandte. Ein solches Gremium der soliden, vorurteilsfreien wissenschaftlichen Arbeit lag im Interesse der Regierungen sowohl in Bonn als auch in Warschau. Es konnte und sollte ein Zeichen setzen, wie man sich zukünftig den Prozess der Vertiefung der Kontakte auch auf anderen Gebieten vorstellte.“ (Strobel 2005:262)

Zahlreiche Wissenschaftler heben darüber hinaus die hohe Bedeutung der Schulbuchkommission für den Normalisierungsprozess zwischen Deutschen und Polen hervor (z.B. Viedt 1993, Gieysztor 1993). Basis dieser Normalisierung war die gemeinsam gefundene ‚Sprachregelung‘ des Empfehlungstextes, in dem z.B. der von deutschen Vertriebenenverbänden geforderte Begriff ‚Vertreibung‘ nicht erwähnt wird. Auf der anderen Seite wurde der von polnischer Seite favorisierte Ausdruck der ‚wiedergewonnenen Gebiete‘ ersetzt durch den Begriff der ‚ehemaligen deutschen Ostprovinzen‘ (Maier 2003:403 / Strobel 2005:262). Die gefundenen Ergebnisse wurden auch gegen äußeren Druck, wie z.B. von Seiten der deutschen Vertriebenenverbände, verteidigt und als gemeinsame Lösung der Schulbuchkommission vertreten. Die Schulbuchkommission diente auf diese Weise als Raum, in dem transnationale Geschichtsaufarbeitung für Polen und Deutsche erstmals möglich wurde und entwickelte sich in diesem Sinne zur „Schule des Dialoges“ (Krzeminski 2002:2379).

„Hier wurden Grundfragen der gegenseitigen Beziehungen verhandelt, die sich seit sehr langer Zeit zwischen den beiden Völkern entwickelt und in jeweiliger nationaler Zuspitzung und partieller Überhöhung als fundamentale Barriere und gegenseitige Abgrenzung aufgetürmt hatten.“ (Strobel 2005:262)

Lemberg fasst die Bedeutung der Schulbuchkommission folgendermaßen zusammen:

„Von fundamentaler Wichtigkeit war [...] die Einrichtung offizieller Kommissionen in der Zeit des Ost-West-Dualismus, wenn es um Gespräche über den Eisernen Vorhang hinweg ging. In diesem Sinne war die deutsch-polnische Schulbuchkommission eine höchst segensreiche Einrichtung für das deutsch-polnische Historikergespräch generell und ein wirklicher Durchbruch; sie eröffnete eigentlich das Gespräch zwischen deutschen und polnischen Historikern.“ (Lemberg 1998:5-6)

Die positive Wirkung der Schulbuchkommission beschränkt sich jedoch nicht nur auf die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Sie war darüber hinaus Vorbild für die ‚bundes‘-deutsch-tschechoslowakische Schulbuchkommission, die Mitte der 60er Jahre gegründet wurde. Diese konnte allerdings nicht die Erfolge des deutsch-polnischen Vorbildes erreichen, da ihre Bemühungen mit den Ereignissen um das Jahr 1968 ein jähes Ende fanden (Lemberg 1998:6). Auch die 1988 neu eingesetzte und nach 1989 in neuer Besetzung weitergeführte deutsch-tschechoslowakische Schulbuchkommission konnte nicht die Bedeutung ihres polnischen Vorbildes erzielen. Ein Grund, warum ihr eine breitere Wirkung verwehrt blieb, liegt sicherlich in der Gründung der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission, die „noch offizieller war als die Schulbuchkommission“ (Lemberg 1998:6) und hierdurch mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte. Nichts desto trotz liefert die Schulbuchkommission, auch in Verbindung mit der Historikerkommission wichtige Anstöße für die deutsch-tschechische Verständigung⁸.

2.2. Die gemeinsame deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission

Die „gemeinsame deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission“ stellt den zweiten Typus eines *Transnationalen Raums* dar. Die Entstehungsgeschichte der Historikerkommission unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von der deutsch-polnischen Schulbuchkommission. Der breitere Ansatz, welcher sich nicht auf das Medium Schulbuch konzentriert, bedingt zudem eine andere Herangehensweise. Darüber hinaus konnten die Historiker auf den positiven deutsch-polnischen Erfahrungen aufbauen. Die Bewertung von Erfolgen und Bedeutung der Historikerkommission muss jedoch vor dem Hintergrund der bilateralen Beziehungen zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen erfolgen. Da das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis vor 1989 bei weitem nicht das Niveau und die Intensität des bundesdeutsch-polnischen Ver-

hältnisses besaß, mussten nach 1989 Herausforderungen gelöst werden, die an die Anfangsjahre der deutsch-polnischen Schulbuchkommission erinnerten.

2.2.1. Entstehungsgeschichte

Die gemeinsame deutsch-tschechoslowakische Historikerkommission⁹ wurde als einer der ersten diplomatischen Schritte nach 1989 zur Verbesserung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen etabliert. Initiatoren waren die beiden Präsidenten Václav Havel und Richard von Weizsäcker.

Bereits vor 1989 gab es Versuche, die Geschichte zwischen Deutschen und Tschechoslowaken gemeinsam aufzuarbeiten. Vor allem im sozialistischen Lager waren Kommissionen, nicht nur die deutsch-tschechoslowakische, dabei ein wichtiges Mittel zur Internationalisierung der Geschichtswissenschaft (Ivaničková 2006:445). 1954 wurde die erste bilaterale Kommission zwischen der DDR und der ČSSR gegründet. Ihre Aufgabe bestand, wie bei allen damaligen Kommissionen, in der „Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft“ und in der „Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Historikern der sozialistischen Länder“ (Ivaničková 2006:445).

Die anfängliche fachliche Unabhängigkeit in der bis dahin produktiven Arbeit der Kommission wurde im Laufe der Zeit zunehmend, vor allem von Seiten der DDR Führung, eingeschränkt. Die Kommission sollte im „Kampf gegen den westdeutschen Militarismus, Revanchismus und Revisionismus“ (Ivaničková 2006:450) einen politischen Beitrag leisten. Die hieraus entstandenen Kontroversen mit den tschechoslowakischen Kollegen und die sich zusehends verschlechternden politischen Rahmenbedingungen zwischen den beiden sozialistischen Staaten führten dazu, dass die Kommission 1967 ihre Arbeit einstellte. Erst 1972 wurde sie in veränderter personeller Besetzung erneut eingesetzt. Als bezeichnend für ihre Arbeit erweist allerdings, dass in der Folgezeit keine einzige Publikation mehr herausgegeben wurde. 1989 lösten sich die Kontakte zwischen den Historikern beider Länder innerhalb weniger Monate auf (Ivaničková 2006:448ff.). Die Kommission konnte aufgrund fehlenden Willens und mangelnden Vertrauens seitens der Politik kaum substantielle Ergebnisse für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen liefern.

Die ‚neue‘ Historikerkommission arbeitet hingegen seit 1990 kontinuierlich an der Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen. Ihre Arbeit lässt sich in zwei Phasen zusammenfassen:

- Phase 1 (1990-1995): chronologische Sichtung der deutsch-tschechischen Beziehungen

- Phase 2 (ab 1996): konkrete Analyse der zu behandelnden Themen (Biman 2001:452-453).

Die Historikerkommission wurde durch den Regierungsbeschluss der SFR Nr. 51/ 90 vom 25. Januar 1990 bestätigt, in dem die Minister für Auswärtige Angelegenheiten verpflichtet werden, die Arbeit finanziell zu unterstützen (Biman 2001:450). Die Einrichtung der Kommission wurde in dem Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27. Februar 1992 im Artikel 27 verankert:

„Die Vertragsparteien werden alle Aktivitäten unterstützen, die zu einem gemeinsamen Verständnis der deutsch-tschechoslowakischen Geschichte, vor allem dieses Jahrhunderts, beitragen. Dazu gehört auch die Arbeit der gemeinsamen Historikerkommission und der unabhängigen deutsch-tschechoslowakischen Schulbuchkonferenzen.“ (Freundschaftsvertrag 1992)

Die Trennung der Tschechischen und der Slowakischen Republik 1993 dokumentiert sich auch in der Konstitution der Kommission wieder. Die tschechoslowakische Seite teilte sich in eine Tschechische und eine Slowakische Sektion auf. Die Mitglieder der Deutschen Sektion sind in beiden Kommissionen vertreten. Die Deutsch-Tschechische Erklärung aus dem Jahr 1997 unterstrich noch einmal den besonderen Stellenwert der Kommissionsarbeit:

„Beide Seiten stimmen darin überein, daß die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der gemeinsamen Erforschung bedarf und treten daher für die Fortführung der bisherigen erfolgreichen Arbeit der deutsch-tschechischen Historikerkommission ein.“ (Erklärung 1997)

2.2.2. Arbeitsweise

Hans Lemberg, langjähriges Mitglied und ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Sektion, formuliert den Aufgabenkatalog der Historikerkommission folgendermaßen:

- „heiße Eisen im bilateralen Verhältnis anzupacken [...] und dicke Bretter mit Geduld zu bohren;
- über den wissenschaftlichen Diskurs hinaus auf ein breiteres Publikum zu wirken [...] aber auch auf dem uns (gemeint sind die Mitglieder der Historikerkommission) wenig geläufigen Weg über die Medien;
- durch Konferenzen und eine wachsende Zahl von Tagungsbänden und weiteren Publikationen doch auch den Fundus von Erkenntnissen zu erweitern und den Forschungsstand voranzubringen;
- Forschungen anderer zu stimulieren oder zu ermuntern;

- zu einer stärkeren Vernetzung der academic community auf dem Gebiet der vergleichenden Beziehungsgeschichte (auch wenn jeweils nur bilateral) beizutragen – bis hin zu den im Fachgespräch geförderten persönlichen Beziehungen“ (Lemberg 1998:7).

Hieraus ergeben sich Implikationen, die auch die Arbeitsweise der Historikerkommission bestimmen. Sie strebt keine Einbindung in die Außenpolitik und deren Entscheidung an (Biman 2001:451). Ihre relativ kleine Größe von insgesamt 18 Mitgliedern ermöglicht einen freundschaftlichen, persönlichen und vertrauensvollen Umgang untereinander, „in der jedes mögliche Problem offen und ohne Hemmungen diskutiert werden kann“ (Křfen 1997:21). In der äußeren Wahrnehmung entsteht allerdings der Eindruck, dass sich die Kommission „zu wenig streite“, da „ernsthafte Probleme und Differenzen“ ausgeklammert werden. Letzteres konnte allerdings von keiner Seite bewiesen werden (Pešek 2004:179).

Die Historikerkommission war anfangs als bilaterale paritätisch besetzte Kommission erdacht wurden. Nach der Trennung der ČSFR wurde der Modus 9:5:4 eingeführt: Die deutsche Sektion besteht aus 9, die tschechische Sektion aus 5 und die slowakische Sektion aus 4 Mitgliedern. Die Mitglieder der deutschen Sektion sind in beiden Kommissionen vertreten (Biman 2001:450-451). In der Regel tagen die Sektionen gemeinsam, was gerade auch auf tschechischer und slowakischer Seite als Zeichen der gemeinsamen Verbundenheit, persönlich wie auch historisch, zu werten ist. Sitzungen zwischen zwei Sektionen bilden die Ausnahme. So wurde z.B. die Ausarbeitung der Skizze „Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung“ (1996) und die Stellungnahme der Kommission zu den Zahlen der Vertreibungsoffer zwischen Tschechischer und Deutscher Sektion bearbeitet. Der Vorsitzende der Slowakischen Sektion nahm jedoch an den Sitzungen teil (Biman 2001:450-451). Gerade der persönliche enge Kontakt unter den Mitgliedern schafft eine Vertrauensbasis, die eine gemeinsame Arbeit an Themen ermöglicht.

Eine für die äußere Reputation und Legitimation wichtige Bestimmung ist der Auswahlprozess der Mitglieder in den Sektionen. Diese ist in den Ländern unterschiedlich geregelt. In der Tschechischen Sektion ernennt der Minister für Auswärtige Angelegenheiten den Vorsitzenden der Sektion. Auf dessen Vorschlag werden dann die anderen Mitglieder ausgewählt. Der Vorsitzende stimmt die Liste mit dem Fachverband der Historiker (Sdružení historik R / Historikerverband der R) ab. Die Kommissionsmitglieder der deutschen Sektion werden auf Vorschlag des Verbandes Deutscher Historiker vom

Außenminister ernannt. Anschließend wird der Vorsitzende aus den Reihen der Sektion gewählt (Biman 2001:451-452).

Kontinuität in der Arbeit wird durch die jährlich stattfindenden Tagungen und die zweimal im Jahr einberufenen Arbeitssitzungen gewährleistet. Tagungen ermöglichen den notwendigen Austausch mit anderen, auch fachfremden Wissenschaftlern. Während die hieraus resultierenden Tagungsbände das Sprachrohr der Historikerkommission in der Wissenschafts-Community darstellen, bilden die Sitzungen den nichtöffentlichen Teil, in dem Stellungnahmen im Kommissionskreis vorbereitet werden können. Sekretäre unterstützen und koordinieren die Arbeit in den jeweiligen Sektionen (Biman 2001:451-452).

Als wichtiges Erfolgskriterium hat sich in der Vergangenheit die gemeinsame Arbeit unter Ausschluss der Auftraggeber erwiesen. So finden Tagungen und Sitzungen in der Regel ohne Beteiligung der sie berufenden Politiker statt (Biman 2001:457).

Auf Grundlage der ersten Sitzung 1990 wurde ein Rahmenprogramm für die zukünftige Tätigkeit verabschiedet. Der allgemeine Fokus der Arbeit liegt danach auf der gemeinsamen Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts. Das Programm wird jährlich um spezifische Themenschwerpunkte erweitert, die von der Kommission selbst bestimmt werden (Biman 2001:452).

Dem Selbstverständnis als Impulsgeber geschuldet, beteiligt sich die Historikerkommission an weiteren Tagungen, initiiert Podiumsdiskussionen und Runde Tische. Weiterhin wird der wissenschaftliche Nachwuchs, u.a. durch die Vergabe von Stipendien, gefördert. Seminare für Journalisten sollen helfen, die erzielten Ergebnisse in der Öffentlichkeit zu profilieren (Biman 2001:455-457).

2.2.3. Bedeutung

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass der *Transnationale Raum* der Historikerkommission sich in den vergangenen 16 Jahren eine wesentliche Rolle bei der Verbesserung der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Beziehungen erarbeitet hat.

Ähnlich wie die gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission erfüllt die Historikerkommission dabei zwei wesentliche Funktionen. Zum einem bietet sie eine Plattform, auf der Geschichte gemeinsam aufgearbeitet und bewertet wird. Zum anderen liefert sie Interpretations- und Sprachempfehlungen für Politik und Öffentlichkeit.

Als Grundlage dieser prominenten Stellung im deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Dialog erweist sich ähnlich zur Schulbuchkommission ihre Konstruktion als *Trans-*

nationaler Raum, in dem Prinzipien der Neutralität, der Unabhängigkeit und der paritätischen Besetzung verwirklicht wurden. Den Mitgliedern wurde es hierdurch möglich, sich in der Arbeit in erster Linie primär dem Raum verpflichtet zu fühlen und nicht ausschließlich dem Wissenschaftskollektiv ihres Herkunftslandes.

Hierzu war es notwendig - vor allem in den ersten Jahren - eine gemeinsame fachliche Ausgangsbasis in der Geschichtswissenschaft aufzubauen (Křen 1997:21) Neue Forschungsbereiche, die in den nationalen Geschichtsschreibungen nicht oder nur unzureichend erforscht wurden, erhielten durch die gemeinsame Arbeit in der Kommission Impulse, die zu einer Erhöhung der Forschungsaktivität führten. Für die tschechoslowakische Seite betraf dies z.B. das Themenfeld 1945 im Protektorat Böhmen und Mähren, das in der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung bis dahin noch kaum erforscht worden war. Auf deutscher Seite wurden neue Forschungsperspektiven auf Themen wie das Reichsgau Sudetenland eröffnet (Biman 2001:456).

Darüber hinaus lassen sich auch konkrete institutionelle Zeugnisse des Wirkens der Historikerkommission finden. Die Gründung des Zentrums für Deutschland- und Österreichstudien, das heute am Institut für internationale Studien an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät an der Karlsuniversität in Prag angesiedelt ist, ging ebenfalls auf einen Vorschlag der Historikerkommission zurück (Biman 2001:456).

Die in dem Prozess der fachlichen Niveauangleichung entstandene Expertise einzelner Mitglieder kam der Kommission zugute, wodurch wiederum die gemeinsame Arbeit an kontroversen Themen ermöglichte wurde. Letztlich öffnete das entstandene Vertrauen zwischen den Mitgliedern die Möglichkeit, Archivmaterial gemeinsam auszuwerten, auf dessen Grundlage die deutsch-tschechoslowakische Geschichte transnational geschrieben werden kann.

Der transnationale Ansatz der Historikerkommission wirkt darüber hinaus stabilisierend auf die deutsch-tschechischen Beziehungen. Im Vorfeld der Deutsch-Tschechischen Erklärung (Erklärung 1997) wurde die so genannte ‚Skizze‘ veröffentlicht. Als eine Art Zwischenresümee der bisherigen Arbeit gedacht, wurde eine gemeinsame Basis der Auffassung geteilter Geschichte geschaffen und dadurch ein eindeutiges Signal zur beidseitigen Verständigung gegeben (Biman 2001:455). Die Motivation zu diesem Schritt formuliert Lemberg wie folgt: „Den Politikern, die sich um das opening up for the future bemühen, den Rücken freizuhalten und ihnen soweit es geht, das coming to terms with the past abzunehmen“ (Lemberg 1998:7). Der Stellenwert dieser ‚Skizze‘ und die Rolle der Histo-

rikerkommission ist dabei nur zu verstehen, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die Verhandlungen zur „Deutsch-Tschechischen Erklärung“ von 1995 bis 1997 aufgrund der politisch angespannten Lage teilweise die Form von „Geheimdiplomatie“ (Pauer 1998:4) angenommen hatten.

Ein Grund hierfür liegt auch in dem „Gebrauch historisch belasteter bzw. verdächtiger Lexeme mit divergierenden Konnotationen“ (Höhne 1996:210) im öffentlichen Sprachgebrauch, deren Gebrauch auf der einen Seite die Komplexität gemeinsamer Geschichte und auf der anderen Seite die ‚verführerische‘ polemisierende Macht widerspiegelt. Im deutsch-tschechischen Verhältnis betrifft dies vor allem den Begriff der ‚Vertreibung‘ (tschechisch: vyhnání) (Křen 1997), der v.a. den Unrechtscharakter der damit verbundenen historischen Vorgänge hervorhebt. Die Historikerkommission empfahl daher in der ersten Stellungnahme, den erzwungenen Exodus der Deutschen aus der Tschechoslowakei ab 1945 mit dem Begriffspaar ‚Vertreibung und Aussiedlung‘ (tschechisch: vyhnání a vystěhování) anstelle des in Tschechien geläufigen Ausdrucks ‚odsun‘ (Abschub) zu bezeichnen (Stellungnahme 1995).

Eine Durchsetzung der Begriffe im allgemeinen öffentlichen Sprachgebrauch ist bisher jedoch noch nicht feststellbar und zeigt damit Grenzen der Arbeit der Historikerkommission auf: Letztlich stellen die gefundenen Lösungen lediglich ein Angebot an die Gesellschaften dar. Inwieweit ihre Ergebnisse zulasten einer nationalistisch intendierten Interpretation akzeptiert werden, ist nicht unmittelbar kontrollier- und steuerbar. Für die Historikerkommission selbst bietet die gemeinsame Sprachregelung aber eine tragfähige lexikalische Basis, im Gegensatz beispielsweise zur deutsch-polnischen Situation, wo die Diskussion um die Bezeichnung des Transfers der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Historikerkreisen weiter anhält (Nitschke 2003).

Neben der ‚korrekten‘ Bezeichnung ist die Bezifferung der Opferzahlen von Vertreibung und Aussiedlung Anlass für Konflikte zwischen Deutschen und Tschechen (Křen 1997:17) Mit der „Stellungnahme der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission zu den Vertreibungsverlusten“ bewies die Kommission erneut, dass eine gemeinsame Bewertung der divergierenden Zahlen notwendig und möglich ist. Rudolf Vierhaus, erster Vorsitzender der Deutschen Sektion der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission, stellt fest, dass die:

„Aufgabe der gemeinsamen Historikerkommission [...] es nicht sein [könne], eine verbindliche Geschichtsdeutung zu dekretieren (oder anders gesagt: dicke Striche zu ziehen) - wir können aber soweit kommen, daß wir feststellen, was man nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft nicht mehr sagen kann.“ (Lemberg 1999:6-8)

In der entsprechenden Stellungnahme heißt es hierzu:

„Selbst wenn man annimmt, daß die Datenüberlieferung Lücken aufweisen könnte, gelangt man durch eine Verdoppelung der Mindestzahl zu einer maximalen Anzahl von 30.000 Opfern. [...] Deshalb spricht sie [die Kommission] sich dafür aus, auf die Zahl von 220.000 oder mehr „Vertreibungsopfern“ nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion, sondern auch in politischen Auseinandersetzungen zu verzichten.“ (Stellungnahme 2001)

Für den politischen Sprachgebrauch bedeutet dieses Ergebnis, dass in Zukunft weder die tschechische Seite von 10.000 Opfern, noch die v.a. sudetendeutsche Seite von mehr als 220.000 Opfern sprechen kann, da auf gemeinsamer wissenschaftlicher Grundlage eine Opferzahl von höchstens 30.000 Sudetendeutschen festgestellt wurde.

Eine nicht unerhebliche Kohäsionswirkung konnte die Historikerkommission darüber hinaus im seit 1993 bilateralen Verhältnis zwischen Tschechien und der Slowakei erzielen (Pešek 2004:166-167). Geeint von der Idee, Geschichte transnational zu ergründen, wäre eine räumliche Aufspaltung der Kommission gegen die Prinzipien der Historikerkommission gewesen.

Die Historikerkommission besitzt darüber hinaus Vorbildscharakter für weitere *Transnationale Räume*, die in der Folgezeit eingerichtet wurden. So lehnen sich beispielsweise die tschechisch-österreichische Historikerkommission (Kunštát/Bůžek 2002) und die tschechisch-slowakische Historikerkommission an die Arbeit der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommission an. Aufgrund des trinationalen Ansatzes fungiert die Historikerkommission als ideale Plattform, strittige Themen wie die Vertreibungen in Mitteleuropa während und nach dem 2. Weltkrieg zu diskutieren (Pešek 2004:180). Schulze Wessel fasst daher die Bedeutung der Historikerkommission für die allgemeine Zeitgeschichtsschreibung folgendermaßen zusammen:

„Der internationale Dialog ist insofern nicht eines von mehreren Desideraten, sondern eine Kernaufgabe kritischer Zeitgeschichtsschreibung. Die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission kann hier eine wichtige Funktion als Plattform eines institutionalisierten Austauschs haben.“ (Schulze Wessel 2004:186).

3. Definition Transnationale Räume

Ausgehend von den zwei beschriebenen Kommissionen sollen im Folgenden Hypothesen für Kriterien abgeleitet werden, die für das Konzept des *Transnationalen Raums* kennzeichnend sein können. Die vorgeschlagenen Kriterien beleuchten dabei vorwiegend statische Aspekte und bilden im Ergebnis eine Art ‚Bauplan‘ für einen *Transnationalen Raum*. Auf dieser Basis er-

folgt dann eine erste Annäherung an das Modell *Transnationaler Raum* als Konfliktlösungsinstrument.

Auf Basis der exemplarischen Analyse lässt sich zunächst folgende Definition *Transnationaler Räume* ableiten:

Ein *Transnationaler Raum* ist ein von mindestens zwei Nationalstaaten eingesetztes, institutionalisiertes, paritätisch besetztes, unabhängiges Kommunikationsforum.

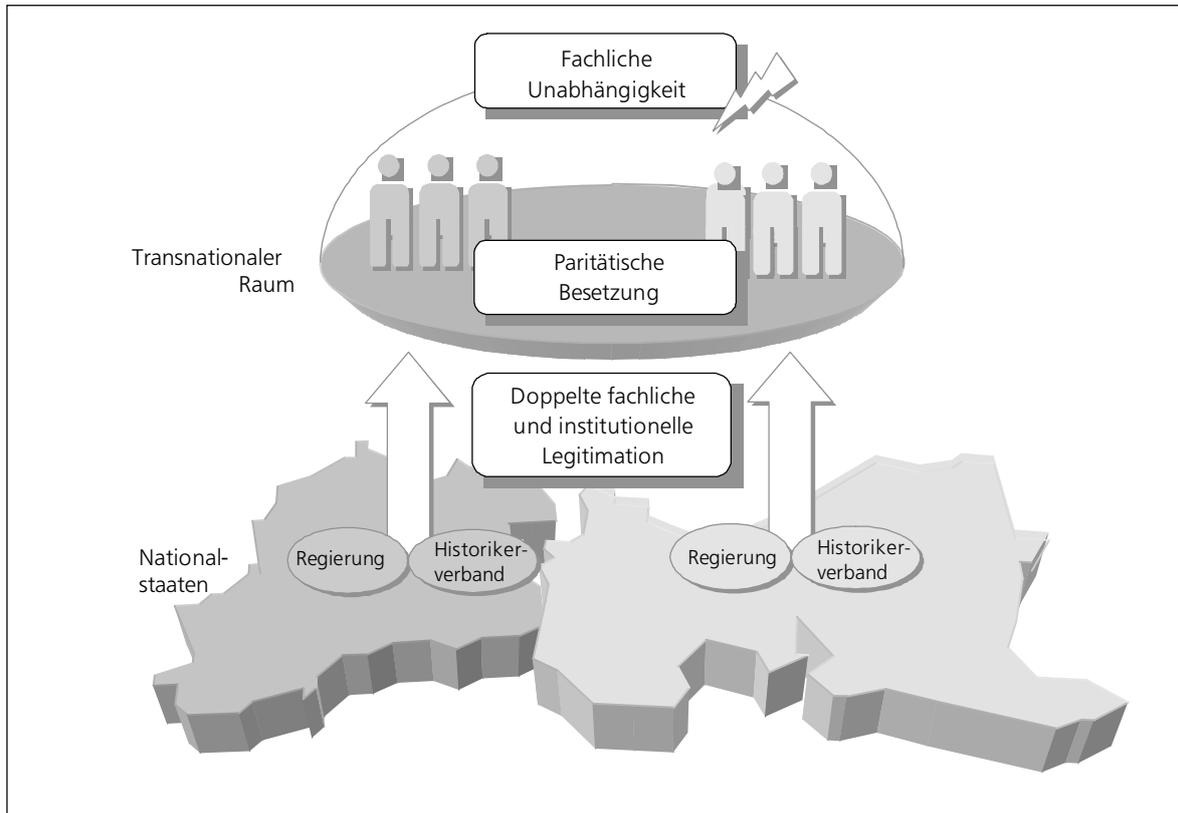


Abb. 1: Kriterien Transnationaler Räume (Beispiel Historikerkommission)

3.1. Kriterium: Institutionalisierung

Als entscheidendes (Erfolgs-)Kriterium *Transnationaler Räume* erweist sich ihre doppelte Institutionalisierung. Zum einem sind sie gegenüber offiziellen staatlichen Stellen abgesichert. Hierdurch können sie sowohl gegenüber den Nationalstaaten als auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen im Sinne eines transnationalen Akteurs (Myers 1985:1037-1038) wirken. Die vertragliche Absicherung sichert darüber hinaus die langfristige finanzielle Unabhängigkeit. Der *Transnationale Raum* wird somit vor dem zeitlichen Erfolgsdruck geschützt. Durch die festgeschriebene Anknüpfung an offizielle staatliche Stellen, wie den Außenministerien, wird weiterhin der semipermeable Zugang zu wichtigen Entscheidungsträgern sichergestellt. Auf diese Weise bleiben die kurzfristigen Interessen der Auftraggeber und anderer Akteure außen vor, die frühzeitige Anbindung an die Ergebnisse wird hierdurch jedoch gewährleistet.

Zum anderen ist der *Transnationale Raum* darüber hinaus innerhalb weiterer (Wissenschafts-)Communities institutionalisiert und damit auch anerkannt. Mitglieder werden berufen und erhalten ein Mandat, das ihre Rolle als offizielle Repräsentanten unterstreicht. Der hierfür notwendige Konsens in den entsprechenden Gremien sichert die wissenschaftliche Expertise der zu wählenden Mitglieder. Spätere Entscheidungen können somit von der gesamten Community mitgetragen und vertreten werden. Für den Spezialfall Historikerkommission, als einem forschungsorientierten *Transnationalen Raum* gilt darüber hinaus, dass ihre Ergebnisse auf diese Weise vor dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit bewahrt werden.

3.2. Kriterium: Unabhängigkeit

Durch die institutionelle Absicherung ist der *Transnationale Raum* in seiner Themenfindung, Themenanalyse und Ergebnisdarstellung unabhängig. Eine externe Herantragung oder einseitige Festschreibung von konkreten Arbeitsaufgaben und – Vorgehensweisen evoziert die Gefahr der Ablehnung und das Scheitern der Zusammenarbeit. Vor allem die Themenfindung selbst muss innerhalb des Raums erfolgen, auch auf die Gefahr der Ausblendung von wichtigen Fragestellungen. Allein die Interessen und Schwerpunkte der Wissenschaftler bilden die Grundlage, auf deren Basis dann gemeinsame Projekte entwickelt werden können. Forschungsstandards und Methoden müssen ebenfalls im Raum selbst erarbeitet werden, damit sie als Arbeitsgrundlage von allen Mitgliedern akzeptiert sind. Auch die Form der Ergebnisdarstellung ist ein eigenes Produkt des Raums. Im Besonderen die Sprache, in welcher nach außen kommuniziert wird, erscheint als Abbild der Konstellation im Raum selbst: Alle Ergebnisse müssen in den jeweils gesprochenen Sprachen und in den für entscheidend deklarierten und ebenbürtigen Publikationskanälen, soweit vorhanden, veröffentlicht werden.

3.3. Kriterium: Paritätische Besetzung

Ein für die Konstituierung nicht zu vernachlässigendes Kriterium ist die paritätische Besetzung des *Transnationalen Raums*. Idealerweise wird die Größe der entsandten Gruppe nicht mit der nominellen Stärke der entsendenden (National-)Kultur gleichgesetzt. Dabei ist die Außenwirkung entscheidender als die konkrete Arbeitsweise innerhalb des Raums. Die nominelle Gleichheit der Mitglieder der Parteien sichert die erarbeiteten Ergebnisse vor Vorwürfen der Bevormundung und Unterdrückung im ‚eigenen‘ sowie im ‚fremden‘ Kollektiv ab. Die Entscheidung über die Zusammensetzung muss jedoch auch ein Ergebnis des Raums sein und darf nicht von außen diktiert werden.

3.4. Transnationaler Raum als Konfliktlösungsinstrument

Eine Einhaltung der oben beschriebenen Kriterien bildet die Grundlage für die Fähigkeit *Transnationaler Räume*, zur Lösung internationaler Konflikte beizutragen. Die Erfolge der existierenden *Transnationalen Räume* sprechen dafür, dass trotz oder, was zu untersuchen wäre, sogar gerade wegen existierender Unterschiede in der „methodischen Herangehensweise“, „Geschichtskulturen“ und „Erinnerungsweisen“ (Middell 2000:15) tragfähige Ergebnisse erzielt werden können, da die Mitglieder anscheinend aufgrund der speziellen Raumkonstruktion, die sich als „Transnationales Wir-Gefühl“ (Kabele / Kirsch / Schmidt-Gernig 2002:18) äußern kann, in die Lage versetzt werden, sich von nationalen Geschichtsauslegungen zu lösen, ohne sich völlig von ihrer nationalen Zugehörigkeit *abzulösen*.

Es ist zu vermuten, dass das Modell *Transnationaler Raum* darüber hinaus nicht unbedingt auf Konflikte zwischen Nationen beschränkt bleiben muss, sondern sich auch auf Phänomene zwischen menschlichen Gruppen allgemein anwenden ließe. *Transnationale Räume* könnten demnach als eine Teilmenge *Transkollektiver Räume* betrachtet werden.

Genauere Untersuchungen zur Beschreibung der Arbeitsweise *Transnationaler Räume*, die beispielsweise Aufschluss über erfolgsrelevante prozessuale Dynamiken geben könnten, liegen bisher jedoch noch nicht vor und lassen eine Analyse des derzeitigen Forschungsstands in angrenzenden Gebieten sinnvoll erscheinen.

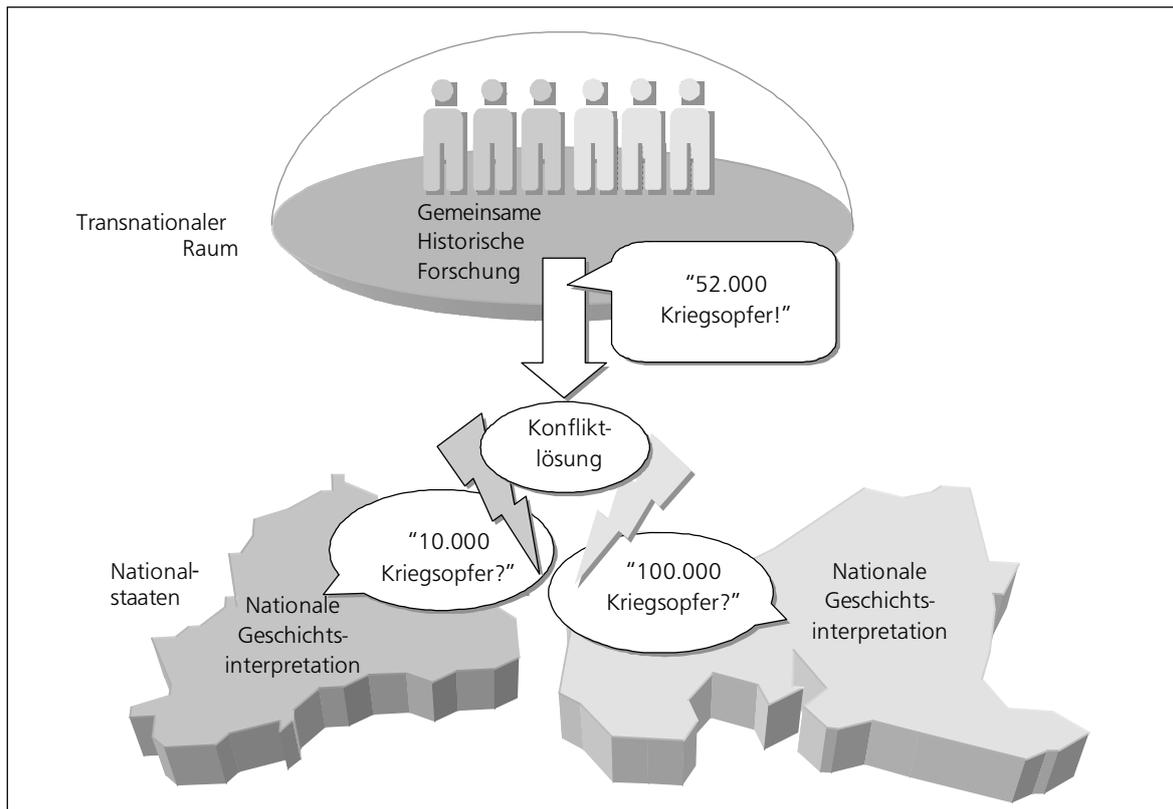


Abb. 2: Transnationale Räume als Konfliktlösungsinstrument (schematisch, Beispiel Historikerkommission)

4. Forschungsstand

Die Untersuchung *Transnationaler Räume* berührt eine Vielzahl von Wissenschaftsdisziplinen. Einen idealen Ausgangspunkt bildet die Geschichtswissenschaft, da sie dem Untersuchungsgegenstand von Historiker- und Schulbuchkommissionen sowie dem Forschungsfeld historisch begründeter Konflikte zwischen Nationalstaaten am nächsten steht. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, sich mit ausgewählten Lösungsansätzen politikwissenschaftlicher Provenienz auseinanderzusetzen, da die Politikwissenschaft strukturelle Erkenntnisse zur Entstehung und Erklärung und letztlich auch zur Lösung internationaler Konflikte entwickelt hat. Weitere Anhaltspunkte liefern die Kulturwissenschaften, die in Zusammenarbeit mit weiteren Disziplinen (z.B. Kommunikationswissenschaften, Philosophie, Soziologie etc.) verschiedene Modelle zur Beschreibung kultureller Überschneidungssituationen liefern können, die sich auf den Fall *Transnationaler Räume* übertragen lassen.

4.1. Geschichte

Als Folge der intensiven Beschäftigung mit aktuellen transnationalen Beziehungsgeflechten hat sich in den vergangenen Jahren in der europäischen Geschichtswissenschaft die Forschungsper-

spektive Transnationale Geschichte herausgebildet. Die jüngere Geschichtswissenschaft in Deutschland reagiert damit beispielsweise auf eine in den letzten Jahrzehnten primär national orientierte (bundesdeutsche) Geschichtswissenschaft (Osterhammel 2001). Die Perspektive der Transnationalen Geschichte zielt demgegenüber darauf ab, komparative, verflechtungs- und transfergeschichtliche Aspekte zu vereinen, und ist damit zwischen internationaler und nationaler Geschichte anzusiedeln (Nützenadel 2005 / Patel 2005:5-7). Hierdurch reagiert die Geschichtswissenschaft auch auf die von dem Osteuropahistoriker Schlögel angestoßene Forderung, den „Raum“ als „zentrale Dimension geschichtlicher Erfahrungen“ wieder verstärkt mitzudenken (Schlögel 2005).

Diese Perspektiverweiterung in der Geschichtswissenschaft wurde nicht zuletzt auch durch die zunehmende gesellschaftliche Diskussion über Migrationsströmungen und ihre Folgen vorangetrieben. Die Migrationsforschung richtet sich dabei gegen die Vorstellung eines sozial gegliederten geographischen Raums. Beeinflusst von Bourdieus Konzept des Sozialen Raums (Bourdieu 1995) spricht man beispielsweise von entstehenden Transnationalen Sozialen Räumen. Diese sind nach Pries als „alltagsweltliche Lebenswirklichkeiten“ zu verstehen, die „geographisch-räumlich diffus bzw. de-lokalisiert“ sind und hierdurch einen transitorischen sozialen Raum konstituieren (Pries 1997:467). Transnationale Geschichte diagnostiziert solche Räume nicht nur in der heutigen Zeit der Globalisierung, sondern weist darauf hin, dass die Vorstellung eines „klassischen Nationalstaates“ [...] „lediglich Ideal- und keineswegs Realtypen“ darstellten (Patel 2004:26).

Den Ausgangspunkt für die Perspektive Transnationaler Geschichte bildet dennoch die Binnengeschichte der Nation. Sie versucht diese aber durch neue Verknüpfungen zu durchbrechen und zu erweitern. Der Soziale Raum Nationalgesellschaft wird dabei nicht mehr unhinterfragt akzeptiert. Entgegen der Vorstellung, dass Nationen keine wichtige Rolle spielen, bzw. – aus einer geschichtswissenschaftlichen Perspektive – gespielt haben, bleibt die Perspektive Nation für Transnationale Geschichte immanent (Patel 2005:6).

Erste Forschungsergebnisse Transnationaler Geschichtswissenschaft lassen sich auch in der deutschen Geschichtsschreibung finden. So definieren Osterhammel und Conrad in ihrer Arbeit: „Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914“ den Begriff „transnational“ folgendermaßen:

„Der Begriff zielt auf Beziehungen und Konstellationen, welche die nationalen Grenzen transzendieren. Dies schließt auch die Geschichte der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, vor allem in ihren neueren Formen, mit ein.“ (Osterhammel / Conrad 2004:14)

Auch wenn die Anzahl von Projekten zur transnationalen Geschichte stetig wächst, bleibt zu fragen, wie transnationale Geschichte heute „erfolgreich geschrieben“ werden kann und wie tragfähig Ihre Ergebnisse letztlich sein können, angesichts der nationalisierten Geschichten. Erste Antworten auf die aufgeworfenen Fragen liefert Gerber (2005:6), der folgende Strategien vorschlägt:

- „Erstens muss die transkulturelle Forschungsperspektive bei der nationalen Verankerung der Geschichtsschreibung ansetzen. Konkret bedeutet dies, dass sie in der Lage sein muss, ein an der nationalen (deutschen) Geschichte geschultes Publikum von Forschenden, Studierenden und weiteren Interessierten anzusprechen.
- Zweitens sind zu Händen dieser potentiellen Leserschaft Instrumente für einen erleichterten (sprachlichen) Zugang zur globalen, transnationalen, vergleichenden oder migrationsbezogenen Geschichte bereitzustellen.
- Diese Instrumente sind drittens so auszurichten, dass damit möglichst quellen nahe und konkrete Arbeiten erschlossen werden können.“

Konkrete Handlungsanweisungen, wie transnationale Geschichte geschrieben und auf diese Weise historischen Konflikten der Nährboden entzogen werden kann, lassen sich aus diesem ersten Anforderungskatalog jedoch nur bedingt ableiten. Für die Vertreter einer transnationalen Geschichtsauffassung erscheint es daher notwendig, sich an weiteren Wissenschaftsgebieten zu orientieren (Siegrist 2005 / Patel 2004:8).

Für die Untersuchung *Transnationaler Räume* zur Bewältigung gemeinsamer Geschichte bietet die Perspektive Transnationaler Geschichte daher allenfalls einen theoretischen Anknüpfungspunkt, ein tieferes Verständnis ihrer Arbeits- und Wirkungsweise kann sie nicht liefern.

4.2. Politik

Einen für die Erforschung *Transnationaler Räume* notwendigen Einstieg in das Verständnis internationaler Konfliktlösung bietet die Politikwissenschaft, im Besonderen die Fachrichtung Internationale Politik. Aufgrund ihrer problemzentrierten Ausrichtung kann sie Hinweise liefern, wie in internationalen Systemen Konflikte entstehen und wie diese gelöst werden können.

Die Frage nach Konflikten und deren Lösung stellt ein zentrales Forschungsfeld der internationalen Politikwissenschaft dar. Je nach politischer Schule fallen jedoch die Antworten unterschiedlich aus. Die realistische Schule diktiert dem Nationalstaat aufgrund eines fehlenden Souveräns ein alleiniges Konfliktlösungs-

gebot und -kompetenz. Internationalisten gehen vom gleichen Akteursverständnis des Staates aus, jedoch werden Konflikte nicht als determinierend für das Verhältnis zwischen den Akteuren aufgefasst. In der Tradition Aristoteles' wird das Individuum als soziales Wesen begriffen, für das friedliches Zusammenleben mit anderen grundsätzlich möglich ist. Internationalisten konzentrieren sich daher vorwiegend auf Regeln und Institutionen als Instrumente zur Vermeidung oder Lösung von Konflikten (Hubel 2005:36).

Eine dritte Betrachtungsweise (Universalismus) geht von universalistischen Werten aus, die unabhängig von der Staatenwelt gelten und daher auch über Gesellschaftsgrenzen hinweg gültig seien (Hubel 2005:36). Universalisten, wie Czemieli, Rosenau, Aron und Kaiser, rücken dabei das Individuum in den Interessensfokus, das auch über Landesgrenzen hinweg zusammen mit Gleichgesinnten einheitliche Interessen verfolgen kann (z.B. Greenpeace).

So prägte Aron bereits 1962 in „Paix et guerre entre les nations“ den Begriff der „transnationalen Gesellschaft“, die sich „im Handlungsaustausch, in der Ein- und Auswanderung, den gemeinsamen Glaubenssätzen, den Organisationen [...], und schließlich den Zeremonien und Wettbewerben, die den Mitgliedern aller dieser Einheiten offen stehen“ manifestiert (Aron 1962:113).

Kaiser führt vor dem Hintergrund der Veränderungen des „internationalen“ Systems in den siebziger Jahren den Begriff der „transnationalen Politik“ in die wissenschaftliche Diskussion ein (Kaiser 1969). Die Theorie der „transnationalen Politik“ geht dabei von der Annahme einer stetigen Zunahme von politischen Prozessen aus, die nicht mehr eindeutig dem Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen im Sinne des Modells der „internationalen“ Politik zuzuordnen sind. Die Formulierung außenpolitischer und entwicklungspolitischer Positionen nimmt damit Züge jener Verfahren an, die für die Gestaltung von Politik im Inneren moderner Gesellschaften längst prägend geworden sind. Auf diese Weise müssen Verhandlungslösungen innerhalb breiter und zunehmend komplexer Politiknetzwerke stattfinden und entziehen sich immer weiter einer hierarchischen Steuerung. Diese verstärkte transnationale Interdependenz bedingt den Zwang zu „transnationalen Verhandlungen“ (Scharpf 1991:622).

Universalisten negieren dabei nicht die Existenz von Konflikten, jedoch – und das unterscheidet sie fundamental von Realisten und Internationalisten – können aus ihrer Sicht sowohl zwischenstaatliche als auch transnationale Interdependenzen dazu beitragen, dass Konflikte bearbeitet werden und tragfähige Lösungen entstehen (Keohane / Nye 2001). Für die Untersuchung *Transnationaler Räume* bietet der Universalismus daher inner-

halb der Politikwissenschaft einen vielversprechenden Anknüpfungspunkt, da er die theoretische Fundierung für die Entstehung und Notwendigkeit transnationaler Akteure liefert.

Welche strukturellen Rahmenbedingungen darüber hinaus erfüllt sein müssen, um Interessensdivergenzen von (international) handelnden Akteuren in Einklang zu bringen, ist Themengebiet der auf Institutionen ausgerichteten Forschungsrichtung der Politikwissenschaft. Für die InstitutionalistInnen bedarf Politik stets einer räumlichen Bezugsgröße in Form einer politischen Institution, in der die Organisation des Politischen, im materiellen wie im ideellen Sinne stattfindet, da nur in einem vordefinierten Raum Allgemeinverbindlichkeit erzeugt werden könne. Die Institutionentheorie definiert solche Räume nicht notwendigerweise als territorial, sie können auch funktional bzw. strukturell bestimmt sein (Kohler-Koch / Edler 1998:169).

Gerade die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene liefert eine Vielzahl von geeigneten Beispielen, wie Nationalstaaten Interessensdivergenzen auf verschiedenen Wegen zu lösen versuchen. Insbesondere die Europäische Kommission als supranationale Organisation erweist sich dabei als ein erfolgreiches, wenn auch viel kritisiertes, Modell. Am Beispiel des Politikfelds Forschungs- und Technologiepolitik (FuT) zeigen Kohler-Koch/ Edler erfolgskritische Eigenschaften transnationaler Kooperationen auf:

„Sie [transnationale Kooperationsstrukturen] vereinigen all jene Merkmale, die ordnungspolitisch nach herrschender Auffassung positiv gewertet werden: eine unmittelbare Einbeziehung der betroffenen Akteure, die breit gefächerte Repräsentanz aus allen Mitgliedstaaten, der Interessensausgleich über Verhandlungen, die Suche nach sachgemäßen Lösungen, durch die Hereinnahme von Fachverstand und die Bemühungen um einen Konsens, der von einer Verständigung über Problemsichten und Handlungsoptionen getragen ist.“ (Kohler-Koch / Edler 1998:178-179)

Darüber hinaus könne ein „tragfähiger wissenschaftlicher Konsens“ aufgrund der „problemstrukturellen Gegebenheiten des Politikfeldes“ nur erzielt werden, wenn frühzeitig der Anschluss an laufende wissenschaftliche Diskurse gesucht und geeignete „epistemic communities“¹⁰ eingebunden werden. Weiterhin unterstreichen Kohler-Koch/ Edler die Wichtigkeit, die „Adressaten der Politik“ frühzeitig in die Diskussionen mit einzubeziehen, damit die Nachfrage nach den anvisierten Politikangeboten“ geweckt wird (Kohler-Koch / Edler 1998:181).

Insgesamt verdeutlicht die Untersuchung die Notwendigkeit, international handelnde Akteure nicht nur auf Staaten zu begrenzen:

„Die inhaltliche Abstimmung politischer Konzeptionen in einem interaktiven Prozeß lässt staatliche und nicht-staatliche Akteure in den transnationalen Kontext treten. Über die Logik transnationaler Politikkonstruktionen werden Binnengrenzen schließlich hinfällig. Letzten Endes führt die Dynamik der Policy-Vergemeinschaftung dazu, daß staatliche wie nichtstaatliche Akteure im Politik-

feld sich nun in einem von Binnengrenzen befreiten europäischen Raum bewegen“ (Kohler-Koch / Edler 1998:181-182).

Dass dem Modell jedoch auch Grenzen auferlegt sind, zeigt sich an der selektiven Auswahl der zu behandelnden Themen, bzw. der Akzeptanz von gefundenen Lösungen in den Nationalstaaten selbst. Obwohl die Europäische Kommission mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet ist, kann sie nicht „freihändig in den Prozeß der Politikformulierung“ eingreifen. Sie ist auf „Kooperationsfähigkeit und –bereitschaft“ nationaler Regierungen angewiesen. Die „kognitive Heterogenität“ in der Gemeinschaft und die Resistenz eingefahrener Ideen unterstreicht die Bedeutung der äquivalenten Einbindung der involvierten Akteure. Die „Einbindung ist in der Tat ein interaktiver Prozeß, indem die Gestalt und Besetzung der Netzwerke in hohem Maße vom Verhalten dezentraler Akteure abhängt, und gleichermaßen ist die Konstruktion von Konzepten ein Produkt von Austauschprozessen, in denen Kausalitäten gelernt, Machbarkeitsvorstellungen ausgetauscht und Erwartungen abgeprüft und verarbeitet werden“ (Kohler-Koch / Edler 1998:181).

Obwohl zwischen supranationalen Organisationen wie der Europäischen Kommission und *Transnationalen Räumen* wesentliche Unterschiede bestehen (z.B. in der Auswahl der Mitglieder, da *Transnationale Räume* als wissenschaftliche Fachgremien konzipiert sind, während die Europäische Kommission ein Forum interessen geleiteter politisch handelnder Akteure darstellt), ergeben sich für das Modell *Transnationaler Raum* trotzdem wertvolle Hinweise zum Verständnis seiner Arbeits- und Wirkungsweise. So zeigen die strukturelle Anknüpfung an andere epistemic communities und die Einbindung politisch handelnder Akteure beispielsweise notwendige strategische Schritte auf, wie Transnationale Räume und ihre erarbeiteten Lösungen legitimiert werden können.

Wie sich letztendlich die „transnationalen Verhandlungen“ zwischen international agierenden Akteuren gestalten und wie transnationale Geschichte in hierfür institutionalisierten *Transnationalen Räumen* geschrieben werden kann, ist mit der politikwissenschaftlichen Beschreibung ihrer inneren und äußeren Rahmenbedingungen nicht vollständig zu erklären. Die Politikwissenschaft ist mit ihrer Institutionentheorie hier nur bedingt in der Lage, Antworten darauf zu finden, wie Widerstände und Interessendivergenzen, gerade auch im Bereich gemeinsam erfahrener Geschichte, prozessual aufgelöst werden können. Zur weiteren Annäherung an das Forschungsfeld *Transnationaler Raum* erscheint daher eine Anknüpfung an Erkenntnisse interaktionsorientierter Forschung der Kulturwissenschaften notwendig.

4.3. Kulturwissenschaften

In Zusammenarbeit mit einer Vielzahl benachbarter Forschungsdisziplinen sind in den letzten Jahren in den Kulturwissenschaften verschiedene interdisziplinär ausgerichtete Modelle zur Beschreibung kultureller Überschneidungssituationen und die einhergehenden Ablehnungs-, Hybridisierungs- oder Synergiepotentiale entstanden. Im Zusammenspiel von Kommunikations- und Kulturwissenschaften wurden darüber hinaus neue methodische Ansätze entwickelt, die vielversprechende Vorgehensweisen zur Erforschung *Transnationaler Räumen* bieten können.

Auf dem Gebiet der Kulturphilosophie führt beispielsweise Welsch den Begriff der „Transkulturalität“ in die Diskussion ein. Im Gegensatz zum traditionellen Verständnis von Kulturen als homogene, abgeschlossene „Container“ (Beck 1998) konstatiert Welsch „eine Pluralisierung möglicher Identitäten“ innerhalb von Kulturen, die „extern grenzüberschreitende Konturen“ aufweisen (Welsch 2002:1). Welsch liefert mit seinen Überlegungen neue Ansatzpunkte zur inneren Struktur von Kultur. Kulturen werden demnach tendenziell für alle anderen Kulturen zu Binnengehalten oder Trabanten: „Es gibt nicht nur kein strikt Eigenes, sondern auch kein strikt Fremdes mehr“ (Welsch 2002). Transkulturalität zielt in diesem Verständnis auf die Schaffung eines synergetischen Handlungskontextes, der eine Hybridkultur über kulturelle Divergenzen als Gemeinschaftliches hinweg erzeugt (Bolten 2006:149f). Für das Modell *Transnationaler Raum* ist der Aspekt der nicht eindeutig umgrenzten Kultur aufschlussreich, da er Anknüpfungspunkte für die Erklärung neuer Kultur im Transnationalen Raum liefert, die von den Kulturen seiner Mitglieder durchdrungen und durchwoben wird.

Auf dem Gebiet der Interkulturellen Kommunikation beschreibt Bolten die Aushandlungsprozesse zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Kulturen als „Interkultur“. Diese werden als dynamisch begriffen, da sie ständiger Aktualisierung unterliegen (Bolten 1999:30). Dieses Verständnis von Kultur als ein sich permanent Wandelndes und Entwickelndes erweist sich ebenfalls als hilfreich für das Verständnis der entstehenden Arbeitskultur innerhalb *Transnationaler Räume*, die aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen keine Statik aufweisen kann, sondern sich situativ aus der gemeinsamen Zusammenarbeit entwickelt.

Wierlacher propagiert auf dem Gebiet der interkulturellen Germanistik die Vorstellung eines „Dritten“ und unterstreicht mit seinem Begriff der Interkulturalität besonders die Vorstellung des Synergiepotentials, das aus der Überschneidungssituation zweier Kulturen erwächst (Wierlacher / Hudson-Wiedermann 2002:228). Für das Modell *Transnationaler Raum* unterstützt die Idee eines „Dritten“ die Möglichkeit der gemeinsamen Ent-

wicklung neuer Lösungen als „dritte“ Synergieprodukte des Raums.

Einen ähnlichen, stärker örtlich orientierten Ansatz bietet das Konzept des „Dritten Raums“ als flüchtiger physischer Begegnungsort zur erfolgreichen Realisierung interkultureller Kommunikation, der auf Basis zweier oder mehrerer existierender Kulturen ein Mischprodukt hervorbringt (Dirscherl 2004:13). Für den *Transnationalen Raum* ist hier vor allem der Aspekt des physischen Raums relevant, da *Transnationale Räume* sich vor allem auf Konferenzen und Tagungen realisieren und ihre Entwicklung sehr stark von den persönlichen Kontakten der Mitglieder untereinander abhängig ist.

Eine weitere, für die Kulturwissenschaft noch relativ neue Perspektive eröffnet Hansen, der Kulturen als primär kollektive Phänomene untersucht und die prinzipielle Zugehörigkeit eines Individuums zu mehreren Kulturen (Multikollektivität) hervorhebt (Hansen 2000). Hansen verabschiedet sich vom Gedanken kultureller Kohärenz als Basis für kulturellen Zusammenhalt und identifiziert gerade die Bekanntheit von Differenzen als Kohäsionsgrund. Hier finden sich ebenfalls wertvolle Ansätze zur Untersuchung der Arbeits- und Wirkungsweise *Transnationaler Räume* als eigene (nicht „dritte“) Kulturen, die additiv zur Multikollektivität der beteiligten Individuen hinzukommen.

Erste Studien zur Entwicklung interkultureller Organisationskultur (Rathje 2004) scheinen diese Annahme auch empirisch zu bestätigen. So identifiziert beispielsweise Rathje vier Entwicklungsdynamiken interkultureller Unternehmenskultur (Anpassung, Abwehr, Integration, Hybridisierung), die zur Entstehung von Gruppenkohäsion bei der Zusammenarbeit zwischen Managern aus unterschiedlichen Ländern beitragen (Rathje 2004). Die Studie bietet darüber hinaus für eine Untersuchung der Arbeitsweise in *Transnationalen Räumen* insofern interessante methodische Anknüpfungspunkte, als sie auf Basis einer detaillierten Einzelfallanalyse mit Hilfe kontrastiv geführter Befragungen der interagierenden Kollektive über sich selbst und das jeweils andere in der Lage ist, die Entstehung gemeinsamer Kultur innerhalb einer Situation der Interkulturalität nachvollziehbar zu machen, ohne quasi-objektive, „überkulturelle“ Kategorien anzuwenden.

Insgesamt können die transwissenschaftliche Basis der sich ergänzenden Erkenntnisse aus Kultur- und Kommunikationswissenschaften sowie die hieraus entstehenden methodischen Innovationen helfen, das Verständnis grenzüberschreitender Interaktion zu erhöhen und das Phänomen *Transnationaler Raum* von innen heraus zu ergründen.

5. Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich *Transnationale Räume* in Gestalt von Schulbuchkommissionen oder Historikerkommissionen in den letzten Jahren zu wichtigen Konfliktlösungsinstrumenten zwischen vorwiegend europäischen Nationalstaaten entwickelt haben. Ein Grund hierfür könnte in der sich allmählich durchsetzenden Erkenntnis liegen, dass Geschichte transnational geschrieben werden sollte. Dass dieser Weg kein Selbstverständlicher und darüber hinaus äußerst schwierig zu gehen ist, zeigen die genannten historisierten Konflikte im heutigen Europa. Dass dieser Weg jedoch möglich und erfolgreich sein kann, zeigt sich wiederum in konkreten Ergebnissen transnationaler Geschichtsschreibung. So wurde beispielsweise im Jahr 2006 (!) das erste gemeinsame deutsch-französische Geschichtsbuch auf dem Markt gebracht (Guillaume / Geiss 2006). Die von der deutsch-tschechischen deutsch-slowakischen Historikerkommission vorgelegte Skizze aus dem Jahr 1996 hat sich zu einem Standardwerk deutsch-tschechischer Geschichte etabliert. Auch die Entstehung *weiterer Transnationaler Räume*, wie beispielsweise die tschechisch-slowakische, die österreichisch-tschechische oder aber auch die österreichische Historikerkommission (Forum Politische Bildung 2003/2004) - wenn auch nicht als *Transnationaler Raum* konzipiert-, die sich an den beschriebenen Vorbildern orientieren, unterstreicht die Bedeutung der Konfliktlösungsinstrumente der Historikerkommission.

Für die Wissenschaft stellt die genaue Arbeits- und Wirkungsweise des Modells *Transnationaler Raum* noch Neuland dar. Die Perspektive Transnationale Geschichte erweitert zwar das Verständnis für länder- und raumübergreifende Geschichtsschreibung, konkrete Lösungsstrategien liefert sie jedoch nicht. Die Politikwissenschaften bieten mit ihrer Untersuchung transnationaler Akteure und Institutionen den strukturellen Rahmen zur Entstehung und Beschreibung *Transnationaler Räume*, können jedoch bisher keine Ansätze zu ihrer Arbeits- und Wirkungsweise beitragen. Die Kulturwissenschaften entwickeln verschiedene Prozessmodelle zum Verständnis interkultureller Überschneidungssituationen, wie sie in *Transnationalen Räumen* vorliegen. Die entwickelten Modelle und Methoden wurden jedoch noch nicht auf das konkrete Beispiel *Transnationaler Räume* angewendet, bzw. anhand *Transnationaler Räume* überprüft. Eine weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem noch weitgehend unbekanntem Phänomen *Transnationaler Raum*, die auf interdisziplinäre Weise historisches Verständnis mit politikwissenschaftlichen Strukturansätzen und kulturellen Prozessmodellen verbindet, erscheint daher aufgrund des beschriebe-

nen Erfolgspotentials *Transnationaler Räume* als Konfliktlösungsinstrument sinnvoll und notwendig.

Literatur

14 Empfehlungen 1972: 14 Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. In: Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.): *Bericht über die 1. Deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und Polnischen UNESCO-Kommission vom 22.-26. Februar in Warschau*. Köln.

17 Empfehlungen 1972: 17 Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. In: Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.): *Bericht über die 2. Deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und Polnischen UNESCO-Kommission vom 11.-16. April in Braunschweig*. Köln.

Aron, R. (1962): *Paix et Guerre entre les nations*. Paris: Calmann-Lévy.

Axelrod, R. / Keohane, R.O. (1993): Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies und Institutions. In: Baldwin, D.A. (Hg.): *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*. New York: Columbia Univ. Press.

Becher, U.A.J. / Borodziej, W. / Maier, R. (Hg.) (2001): *Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert. Analysen, Quellen, didaktische Hinweise*. Braunschweig: Verlag Hahnsche Buchhandlung.

Beck, U. (Hg.) (1998): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt: Suhrkamp.

Beneš-Dekrete. In: Timmermann, H. / Voráček, E. / Kipke, R. (Hg.) (2005): Die Beneš-Dekrete. Nachkriegsordnung oder ethnische Säuberung - Kann Europa eine Antwort geben? Münster: Lit-Verlag, S. 576-631.

Biman, S. (2001): Die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission. In: Koschmal, W. / Nekula, M. / Rogall, J. (Hg.): *Deutsche und Tschechen: Geschichte-Kultur-Politik*, München: Beck, S. 449-458.

Bolten, J. (1999): Grenzen der Internationalisierungsfähigkeit - Interkulturelles Handeln aus interaktionstheoretischer Perspektive. In: Bolten, J. (Hg.): *Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft*. 2. Auflage, Sternenfels/Berlin: Wissenschaft & Praxis, S. 25-42.

Bolten, J. (2006): Einführung in die Interkulturelle Wirtschaftskommunikation. In: Bolten, J. (Hg.): *Jenaer Skripten zur Interkulturellen Wirtschaftskommunikation. Band 10*. Jena.

Bourdieu, P. (1995): *Sozialer Raum und "Klassen". Leçon sur la leçon: 2 Vorlesungen*. 3. Auflage, Frankfurt / Main: Suhrkamp.

Conrad, S. / Osterhammel, J. (2004): *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Cornelißen, C. (2005): Zur Erforschung von Erinnerungskulturen in West- und Osteuropa seit 1945. Methoden und Fragestellungen. In: Cornelißen, C. / Holec, R. / Pešek, J. (Hg.): *Diktatur - Krieg - Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*. Essen: Klartext, S. 25-44.

Dirscherl, K. (2004): Der dritte Raum als Konzept der interkulturellen Kommunikation. Theorie und Vorschläge für die Praxis. In: Bolten, J. (Hg.):

Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft - Positionen, Modelle, Perspektiven, Projekte. Sternenfels: Wissenschaft & Praxis, S. 12-24.

Deutsch-tschechoslowakische Historikertagung (1968): Zur Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Referate der deutsch-tschechoslowakischen Historikertagung 1967. In: Eckert, G. / Schüddekopf, O.E. (Hg.): *Schriftenreihe des Internationalen Schulbuchinstituts.* Braunschweig: Albert Limbach Verlag.

Empfehlungen 1977. In: Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission (Hg.): *Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen.* Braunschweig.

Erklärung 1997: *Deutsch-Tschechische-Erklärung.* Online Dokument: http://www.germanembassy.cz/DE/POLITIK_PRESSE/BILAT_BEZ/erklaerung97.html [Zugriff am 10.06.2006].

Falksohn, R. / Schulz, T. (2006): Unheimlich geärgert. Eine missratene Polemik in der "taz" schlägt hohe Wellen. Polens Präsident Lech Kaczynski ist beleidigt, seine Regierung spricht von Hetze in Nazi-Manier. *Spiegel 28 (2006), S. 74-75.*

Forum Politische Bildung (Hg.) (2003/2004): *Gedächtnis und Gegenwart. HistorikerInnenkommissionen, Politik und Gesellschaft.* Wien: Studienverlag

Freundschaftsvertrag 1997. Online Dokument: http://www.germanembassy.cz/DE/POLITIK_PRESSE/BILAT_BEZ/bstvertrag92_dt.html [Zugriff am 10.06.2006].

Deutsche Welle (Hg.) (2006): *Chronologie: Gastreit Russland-Ukraine.* Online Dokument: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1842395,00.html> [Zugriff am 18.08.2006].

Gerber, A. (2005): Transnationale Geschichte "machen" – Anmerkungen zu einem möglichen Vorgehen. *H-Soz-u-Kult Forum Artikel.* Online Dokument: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-04-001> [18.08.2006].

Gieysztor, A. (1993): Der Beitrag der Wissenschaft zum Normalisierungsprozeß, In: Pflüger, F./ Lipscher, W. (Hg.): *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft.* Bonn: Bouvier.

Guillaume, L. Q./ Geiss, P. (Hg.) (2006): *Histoire/Geschichte – Europa und die Welt seit 1945.* Leipzig: Ernst Klett Schulbuchverlag.

Hansen, K. (2000): *Kultur und Kulturwissenschaft.* 2. Auflage, Paderborn: UTB.

Haas, P.M. (1992): Introduction: epistemic communities and international policy coordination. In: *International Organization*, 46 (1992) 1, S. 1-35.

Höhne, S. (1996): Ein Kapitel aus der Semantik kontroverser Diskurse und Begriffe: Tschechen und Deutsche auf dem Weg zur guten Nachbarschaft? In: Böke, K. / Jung, M. / Wengeler, M. (Hg.): *Öffentlicher Sprachgebrauch. praktische, theoretische und historische Perspektiven.* Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 206-217.

Hitler-Stalin Pakt 1939: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag mit geheimem Zusatzprotokoll. In: *NS-Archiv. Dokumente zum Nationalsozialismus.* Online Dokument: http://www.ns-archiv.de/krieg/sowjetunion_/vertrag/nichtangriffspakt.php [Zugriff am 10.06.2006].

Hubel, H. (2005): *Weltpolitische Konflikte. Eine Einführung.* Baden-Baden: Nomos.

Ivaničková, E. (2006): Zur Tätigkeit der gemeinsamen Historikerkommission der Tschechoslowakei und der DDR 1955-1989. In: Brenner, C. / Franzen, K. / Haslinger, P. / Luft, R. (Hg.): *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen-Institutionen-Diskurse*. München: Oldenbourg, S. 446-459.

Kabele, H. / Kirsch, M. / Schmidt-Gernig, A. (2002): Zur Entwicklung transnationaler Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Eine Einleitung. In: Kabele, H. / Kirsch, M. / Schmidt-Gernig, A. (Hg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt/ New York: Campus, S. 7-33.

Kaiser, K. (1969): Transnationale Politik. *PVS 10 Sonderheft 1*.

Keohane, R. O. / Nye, J. O. (2001): *Power and Interdependence*. 3. Auflage, New York et al.: Longman.

Kohler-Koch, B. / Edler, J. (1998): Ideendiskurs und Vergemeinschaftung: Erschließung transnationaler Räume durch europäisches Regieren. In: Kohler-Koch, E. (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen. PVS 29 Sonderband*, S. 169-206.

Kraft, D. (2005): Brücken zum Nachbarn. Grenzüberschreitende politisch-historische Bildung zwischen Sachsen und Nordböhmen. In: *Osteuropa 55 (8)*, S. 137-149.

Křen, J. (1997): Tschechen, Deutsche, Vertreibung - Übereinstimmungen und Streitigkeiten. In: Maier, R. (Hg.): *Tschechen, Deutsche und der Zweite Weltkrieg. Von der Schwere geschichtlicher Erfahrungen und der Schwierigkeit ihrer Aufarbeitung*. Braunschweig: Verlag Hahnsche Buchhandlung, S. 9-22.

Krzemiski, A. (2002): Pokój mi dzy ksi kami (Friede zwischen den Büchern). *Polityka 49*. Zitiert in: Strobel, T. (2005): Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972-1989. *Archiv für Sozialgeschichte 45 (2002)*, S. 253-268.

Kunštát, M. / Bůžek, V. (2002): Die österreichisch-tschechische Historikerkommission im letzten Jahrzehnt (Versuch einer kurzen Zwischenbilanz von der tschechischen Seite). *SGA 02(2002)*, S. 1-5.

Lang, K. O. (2005): Polen und der Osten. Polens Beziehungen zu Rußlands, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer "Ostpolitik". *SWP-Aktuell 22 (2005)*, S. 1-8.

Lemberg, H. (1998): War das "Scheitern der Verständigung" zwischen Tschechen und Deutschen in der Zwischenkriegszeit unvermeidlich? (Mit einigen Thesen zur Arbeit der Deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommission). In: Handl, V. (Hg.) (unveröffentlicht): *Discussion Papers in German Studies "Coming to Terms with the Past, Opening up to the Future"*. Conference Report, Institute for German Studies, University of Birmingham, 11.-13.09.1998, S. 1-8.

Maier, R. (1997): Vorwort. In: Maier, R. (Hg.): *Tschechen, Deutsche und der Zweite Weltkrieg. Von der Schwere geschichtlicher Erfahrungen und der Schwierigkeit ihrer Aufarbeitung*. Braunschweig: Verlag Hahnsche Buchhandlung, S. 7-8.

Maier, R. (2003): Deutsch-polnische Verständigung über Geschichte. Von den Schulbuchempfehlungen zur aktuellen Handreichung. In: Keim, W. (Hg.): *Vom Erinnern zum Verstehen, Pädagogische Perspektiven deutsch-polnischer Verständigung*. Frankfurt / Main: P. Lang, S. 403-417.

Middell, M. / Gibas, M. / Hadler, F. (2000): Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen. *Comparativ* 10 (2), S. 7-35.

Myers, R. (1985): Transnationale Politik. In: Nohlen, D. (Hg.): *Pipers Wörterbuch der Politik: Politikwissenschaft Theorien, Methoden, Begriffe*. München: Piper.

Nitschke, B. (2003): *Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949*. München: Oldenbourg.

Nützenadel, A. (2005): Globalisierung und transnationale Geschichte. *H-Soz-u-Kult Forum Artikel*. Online Artikel: <http://geschichte-transnational.clio-online.net/forum/2005-02-004> [Zugriff am 16.06.2006].

Osterhammel, J. (2001): Transnationale Gesellschaftsgeschichte. *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 464-479.

Patel, K. K. (2004): Nach der Nationalfixiertheit. Perspektiven einer transnationalen Geschichte. In: *Öffentliche Vorlesungen der Humboldt-Universität zu Berlin. Bd. 128*. Online Dokument: <http://edoc.hu-berlin.de> [Zugriff am 10.06.2006].

Patel, K. K. (2005): Transnationale Geschichte – ein neues Paradigma? *H-Soz-u-Kult Forum Artikel*. Online Dokument: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-02-001> [Zugriff am 10.06.2006].

Pauer, J. (1998): Moralisch-politischer Dissens in den deutsch-tschechischen Beziehungen. *Welttrends Nr. 19* Sommer 1998, S. 9-26.

Pešek, J. (2004): Zeitgeschichtsschreibung in Tschechien als Problem. Notizen zu: Martin Schulze Wessel, Zeitgeschichtsschreibung in Tschechien. Institution, Methoden, Debatten. *Bohemia* 45 (1), S. 167-183.

Pries, L. (2002): Transnationalisierung der sozialen Welt? *Berliner Journal für Soziologie* 2 (2002), S. 263-272.

Rathje, S. (2004): *Unternehmenskultur als Interkultur - Entwicklung und Gestaltung interkultureller Unternehmenskultur am Beispiel deutscher Unternehmen in Thailand*. Sternenfels/ Berlin: Wissenschaft & Praxis.

Scharpf, F. W. (1991): Über die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. *PVS* 32 (4), S. 621-634.

Schlögel, K. (2005): Die Wiederkehr des Raums - auch in der Osteuropakunde. *Osteuropa* 55 (3), S. 5-18.

Schulze Wessel, M. (2004): Zeitgeschichte als internationale Geschichte - Antwort an Jiří Pešek. *Bohemia* 45 (1), S. 184-187.

Siegrist, H. (2005): Transnationale Geschichte als Herausforderung der wissenschaftlichen Historiographie. *H-Soz-u-Kult Forum Artikel*. Online Dokument: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-02-003> [Zugriff am 10.06.2006].

Skizze 1996. In: Gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission (Hg.): *Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert*. München: Oldenbourg.

Spengler, F. (2003): *Politischer Bericht Tschechien Oktober 2003*. Online Dokument:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_3212_1.pdf
[Zugriff am 20. Juli 2006].

Stellungnahme 1995. Erklärung der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission von 1990 und 199. *Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik 1995 (2)*, S. 33-36.

Stellungnahme 2001. Stellungnahme der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission zu den Vertreibungsverlusten. In: Hoensch, J.G. / Lemberg, H. (Hg.): *Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989*. Essen: Klartext, S. 245-247.

Stötzl, G. / Wengeler, M. (1995): *Kontroverse Begriffe: Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin et al.: de Gruyter.

Strobel, T. (2005): Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972-1989. *Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005)*, S. 253-268.

Viedt, S. (1993): *Zwanzig Jahre Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission*. Reden der Festveranstaltung in Braunschweig am 10. Juni 1992. Braunschweig: Verlag Hahnsche Buchhandlung.

Welsch, W. (2002): Netzdesign der Kulturen. *Zeitschrift für Kulturaustausch 2002 (1)*. Online Dokument: www.ifa.de/zfk/themen/02_1_islam/dwelsch.htm [Zugriff am 10.03.2006].

Welzer, H. (2005): Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte als Arena der Politik. *Osteuropa 55 (04-05-06)*, S. 9-19.

Wierlacher, A. / Hudson-Wierdermann, U. (2002): Interkulturalität. Zur Konzeptionalisierung eines Grundbegriffs interkultureller Kommunikation. In: Bolten, J. / Erhardt, E. (Hg.): *Interkulturelle Kommunikation*. Sternenfels/ Berlin: Wissenschaft & Praxis, S. 217-243.

¹ Erinnerungskulturen werden im Folgenden „als ein[...] formale[r] Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerungen an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse [...], seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur“ (Cornelißen 2005:32) definiert.

² 1940 ermordeten Einheiten des sowjetischen Geheimdienstes in Katyn mehrere Tausend polnische Offiziere. Erst im Jahr 1990 übernahm die Sowjetführung die Verantwortung für dieses Massaker.

³ Der „Hitler-Stalin Pakt“ (1939 in Moskau unterzeichnet) war ein Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde die Aufteilung Osteuropas nach „Interessenssphären“ vereinbart. Nachzulesen ist das Dokument im NS-Archiv (Hitler-Stalin Pakt 1939).

⁴ Im Februar 2006 unterbrach der russische Energiekonzern Gazprom die Gaslieferung an die Ukraine. Eine chronologische

Dokumentation des Konflikts findet sich auf den Seiten der deutschen Welle (2006).

⁵ Die große Hungersnot (ukrainisch: Holodomor) in den 30er Jahren, für die die Führung der UDSSR verantwortlich war, vielen etwa 6.-7. Millionen Menschen zum Opfer. Im Herbst 1932 wurden in dem von Ukrainern besiedelten Kuban'-Gebiet alle Lebensmittel konfisziert und die hermetisch abgeriegelt. Hunger wurde als Waffe eingesetzt, mit dem Ziel, den Stalinismus in der Ukraine zu konsolidieren. Weitere Informationen zum Holodomor finden sich in Osteuropa 2004 Heft 12.

⁶ Die tschechoslowakischen Präsidialdekrete, die so genannten „Beneš-Dekrete“ wurden im Zeitraum von 1940 bis 1946, zunächst von der Londoner Exilregierung und ab 1945 in der befreiten Tschechoslowakei erlassen. Mit den Dekreten sollte die Kontinuität der tschechoslowakischen Staatlichkeit über das Münchner Abkommen 1938 hinaus und die darauf folgende Zerschlagung der Tschechoslowakei gewährleistet werden. In der deutsch-tschechischen Diskussion werden die tschechoslowakischen Präsidialdekrete vorwiegend auf neun Dekrete reduziert, die 1946 erlassen wurden. Diese beinhalten u.a. die Aberkennung von Eigentum von Angehörigen der deutschen und madjarischen Minderheiten im tschechoslowakischen Staatsgebiet und die Aberkennung der Tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft. Ein kurzer Überblick über die Dekrete und die Diskussion im Vorfeld des Tschechischen EU-Beitritts findet sich in Samuel 2003. Die Übersetzungen der relevanten Dekrete findet sich im Dokumentenanhang des Tagungsbandes (Timmermann / Voráček / Kipke 2005)

⁷ Exemplarisch kann hier die innertschechische Diskussion um die tschechoslowakischen Präsidialdekrete als Beispiel herangezogen werden. Aufgrund der sich im Jahr 2003 verschärfenden Tonart zwischen Tschechien Österreich und Deutschland im Zuge der tschechischen EU-Beitrittsvorbereitungen brachte der damalige Ministerpräsident Miloš Zeman gemeinsam mit Václav Klaus am 24. April 2002 eine „Resolution zu den Dekreten des Präsidenten Beneš“, in das Parlament ein. In ihr wurde nochmals bestätigt, dass die „Rechts- und Eigentumsbeziehungen, die aus den Dekreten hervorgingen, nicht in Frage zu stellen, unantastbar und unabänderlich sind“ (Beushausen 2003). Da die Resolution nichts an der bestehenden Rechtsauffassung änderte, ist vielmehr die Tatsache zu erwähnen, dass einschließlich der Kommunisten alle 169 (von 200 möglichen) anwesenden Abgeordneten für die Resolution gestimmt haben, was ein einmaliges Ergebnis im tschechischen Parlament darstellt. Selbst der Staatspräsident Václav Havel unterstützte öffentlich die Vereinbarung (Spengler 2003).

⁸ Aktuell erschienen ist der neue Tagungsband: Die Tschechen und ihre Nachbarn. Studien zu Schulbuch und Schülerbewusstsein (Dolezel / Helmedach 2006).

⁹ Nach der Verfassungs- und Namensänderung der ČSFR änderte die Kommission ihren Namen in „Deutsch-tschechische und slowakische Historikerkommission“. Nach der Trennung der Tschechischen und Slowakischen Republik benannte sich die Kommission dann in „Deutsch-Tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission“ um (Lemberg 1999:1).

¹⁰ Epistemic communities beschreiben nach Haas transnationale Expertennetzwerke, die für internationale oder supranationale Institutionen spezifische Aufgaben bearbeiten. Neben der eigentlichen Problemanalyse werden den politischen Entscheidungsträgern auch Handlungsanweisungen zur Verfügung gestellt (Haas 1992).

